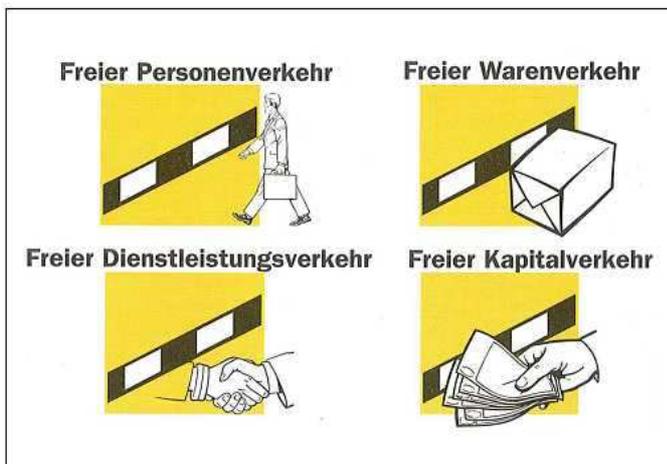




Arbeitswissen zum Lernmodul: Europa-Konzepte

Europa als Wirtschaftsunion

Die Integration der Wirtschaft ist eine Grundidee der europäischen Einigung. Nationale Grenzen sollten keine Rolle mehr spielen, ein großer EU-Binnenmarkt Vorteile für Alle bringen: billigere Produktion, höheres Wirtschaftswachstum, mehr Macht im weltweiten Wettbewerb.



Darstellung der „vier Freiheiten“ im Binnenmarkt

Quelle: Dachs, Herbert / Diendorfer, Gertraud / Fassmann, Heinz, Politische Bildung, 1. Aufl., Wien 2005, S. 84 © öbv&hpt VerlagsgmbH & Co. KG, Wien

Das Europa der Wirtschaft

Wenn von „vier Freiheiten“ und dem EU-Binnenmarkt die Rede ist, wird Europa als einheitlicher geographischer Raum betrachtet, in dem produziert, konsumiert, gearbeitet und gereist wird. Das Bild zeigt die so genannten „vier Freiheiten“ (freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital) als die Grundprinzipien des Binnenmarkts. Grenzen zwischen EU-Mitgliedsstaaten sollen nach diesem Konzept keine Rolle mehr spielen: EU-BürgerInnen sollen in der EU wohnen und arbeiten können, wo immer sie wollen. UnternehmerInnen sollen ihre Waren und Dienstleistungen EU-weit, ohne nationale Beschränkungen, anbieten dürfen. Diese Idee steht an der Wurzel der europäischen Integration in den 1950er Jahren. Es brauchte jedoch enorme Anstrengungen, sie voranzutreiben: von der Zollunion 1968 über die Einheitliche Europäische Akte 1986, die die Verwirklichung des Binnenmarktes als wichtiges Ziel erklärte, bis zur Umsetzung des Binnenmarktes ab 1993 in vielen einzelnen Bereichen von Post und Telekommunikation über Energie bis zu Finanzdienstleistungen oder öffentlicher Auftragsvergabe.

Von nationalen Märkten zum gemeinsamen Markt

Im Zuge der Umsetzung des Binnenmarkts wurde in den vergangenen zwanzig Jahren die Abschottung nationaler Märkte aufgebrochen. Dazu entwickelte die Europäische Kommission in den 1980er Jahren den Ansatz der „gegenseitigen Anerkennung“: Demnach müssen Produkte,

die in einem Mitgliedsstaat legal erzeugt wurden, auch in den anderen Mitgliedsstaaten angeboten und verkauft werden dürfen. Unterschiedliche Regeln in den Mitgliedsstaaten (z.B. Sicherheits- und Qualitätsstandards von Produkten) sollten so keine „Handelshemmnisse“ mehr darstellen. Zugleich entwickelte die EU auch neue, gesamteuropäische Regeln und Standards (z.B. Grenzwerte für Feinstaubemissionen von Fahrzeugen).

In vielen Bereichen wurden so ehemalige (Staats-)Monopole abgeschafft und eine europaweite wirtschaftliche Konkurrenz gefördert (z.B. auf den Strom- und Gasmärkten). Auf dem EU-weiten Markt sollten Unternehmen nun in größeren Stückzahlen und damit billiger produzieren können. Und sie sollten ihre Produktion dorthin verlagern, wo die Bedingungen dafür am besten sind. Dies sollte die internationale Konkurrenzfähigkeit Europas stärken und letztlich auch den KonsumentInnen durch niedrigere Preise zugute kommen. Die Eingriffsmöglichkeiten der Staaten zum Schutz bestimmter Industrien und Betriebe hingegen sollten eingeschränkt werden. Die europäische Integration bedeutete so in vielen Branchen einen großen Druck, sich den neuen Bedingungen der größeren Konkurrenz anzupassen.

Kritik und Visionen

Mit der schrittweisen Verwirklichung des Binnenmarkts wurde auch die Frage nach der richtigen Wirtschaftspolitik und -ordnung zu einem europäischen Thema: Die Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten sind nicht isoliert, sondern stark verflochten. Wirksame Wirtschaftspolitik ist daher mehr und mehr auf gemeinsames Handeln auf EU-Ebene angewiesen. Hier, so KritikerInnen, hinkt die politische Integration der wirtschaftlichen deutlich hinterher. Europa habe vor allem auf den freien Markt gesetzt. Jetzt ginge es aber darum, auch für Vollbeschäftigung, Wachstum und Sozialpolitik mehr auf EU-Ebene zu tun.

Pro und Kontra zum Konzept der Wirtschaftsunion

Pro

Kleinststaaten wie Österreich sind besonders auf freien Handel angewiesen. Österreichische Unternehmen haben von der Osterweiterung enorm profitiert. Viele neue Jobs wurden durch den Binnenmarkt geschaffen. Für die KonsumentInnen ist vieles billiger geworden – man denke nur an Flugreisen oder Telefonieren.

Österreich hat strenge Regeln im VerbraucherInnen- und Umweltschutz. Im EU-Binnenmarkt sind diese Regeln nicht aufgeweicht worden, sondern es sind in vielen Fällen EU-weit sogar noch strengere Regeln eingeführt worden – nicht zum Wohl der Konzerne, sondern der KonsumentInnen.

Im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft hat die EU aufgrund ihrer Größe eine gewichtige Stimme in den Verhandlungen mit den anderen Weltmächten. Die österreichischen Interessen sind hier viel besser aufgehoben, als wenn das Land auf sich allein gestellt wäre.

Kontra

Der Binnenmarkt ist vor allem gut für die großen Konzerne, die dort produzieren, wo es am billigsten ist, und deren Profite gestiegen sind. Die ArbeitnehmerInnen sind nicht so mobil: Was nützen dem/r österreichischen ArbeitnehmerIn neue Jobs in Spanien oder anderswo, wenn eine Firma in Österreich Jobs abbaut oder ganz abwandert?

Die Sozialstandards sind in der EU sehr unterschiedlich. Für Länder mit hohen Standards wie Österreich ist das ein Nachteil, weil sie jetzt in einem „Standortwettbewerb“ mit allen anderen Ländern stehen. Entweder passen wir unsere Standards nach unten an oder nehmen hohe Arbeitslosigkeit in Kauf.

Mit dem Binnenmarkt hat der (Transit-)Verkehr enorm zugenommen – zum Schaden der Umwelt und der Menschen, die in der Nähe der großen Verkehrsrouten leben. Viel nachhaltiger wäre es, die regionale Produktion zu stärken anstatt im Binnenmarkt Waren durch ganz Europa zu transportieren.

Quellen:

Caesar, Rolf Caesar (Hg.), Der unvollendete Binnenmarkt, Baden-Baden 2003.

Hix, Simon, The political system of the European Union, 2. Aufl., Houndmills/New York 2005.

Webseite der EU-Kommission zum Binnenmarkt: http://ec.europa.eu/internal_market/index_de.htm